

## Pressemitteilung

### **bvvp betont: Sicherheit braucht klare Zuständigkeiten – Vertrauen ist Voraussetzung wirksamer Prävention**

**Berlin, den 2. März 2026. Mehrere Bundesländer prüfen oder erweitern derzeit den Umfang der Informationsübermittlung zwischen psychiatrischen Einrichtungen und Sicherheitsbehörden. Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten (bvvp e.V.) plädiert hier für eine klare gesetzliche Begrenzung von Informationsübermittlungen nur bei konkreten Gefahrenlagen, für die konsequente Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und für den Schutz der therapeutischen Schweigepflicht als tragende Säule einer funktionierenden und präventiv wirksamen Gesundheitsversorgung.**

Die Debatte berühre zentrale Fragen staatlicher Ordnung – das Verhältnis von Gefahrenabwehr, Gesundheitsversorgung und Grundrechtsschutz, betont der Verband. Gerade in sicherheitspolitisch sensiblen Zeiten sei hier Differenzierung geboten. Psychotherapie sei Teil der Gesundheitsversorgung. Polizei und Sicherheitsbehörden seien Teil der Gefahrenabwehr. Ein handlungsfähiger Rechtsstaat zeichne sich durch klare Zuständigkeiten und eindeutige Verantwortlichkeiten aus. Wer diese funktionalen Rollen vermische, schaffe keine zusätzliche Sicherheit, sondern rechtliche Unschärfe und in der Praxis Risiken für die Versorgung.

Das geltende Recht ermögliche bereits heute ein verantwortliches Handeln in akuten Gefahrenlagen, insbesondere im Rahmen des rechtfertigenden Notstands (§ 34 StGB). Darüber hinaus gehende pauschale oder präventive Meldearchitekturen widersprüchen dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit und brächten die gesetzlich geschützte Schweigepflicht (§ 203 StGB) in Gefahr. Diese Schweigepflicht sei, so der Verband, kein Berufsprivileg, sondern Ausdruck grundrechtlich geschützter Vertrauensbeziehungen.

Prävention lebe vom frühzeitigen Zugang zur Versorgung. Menschen in psychischen Krisen müssten sicher sein können, dass der Behandlungsraum primär der Stabilisierung diene. Eine strukturelle Verknüpfung von Gesundheitsversorgung mit sicherheitsbehördlichen Routinen könne dazu führen, dass Hilfesuchende den Kontakt zum System mieden. Dies wiederum wäre für die öffentliche Sicherheit potenziell kontraproduktiv.

#### VORSTAND

##### VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Mag. rer. nat.  
Mathias Heinicke,  
Psychologischer Psychotherapeut

##### STELLV. VORSITZENDE

Dipl.-Psych. Ulrike Böker  
Psychologische Psychotherapeutin

##### STELLV. VORSITZENDER

Dr. phil. Bernd Aschenbrenner  
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut

Dr. med. Bettina van Ackern  
Dipl.-Psych. Rainer Cebulla  
Martin van Ackern

Vorstandsbeauftragte  
Ariadne Sartorius

#### KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle  
Württembergische Straße 31  
10707 Berlin

Telefon 030 88725954  
Telefax 030 88725953  
bvvp@bvvp.de  
www.bvvp.de

#### BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG  
IBAN:  
DE69100900002525400002  
BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID  
DE77ZZZ00000671763

Sicherheit sei eine Kernaufgabe des Staates. Aber diese entstehe nicht durch die Verwischung von Zuständigkeiten. „Wer Gesundheitsversorgung funktional in sicherheitsbehördliche Logiken einbindet, riskiert die Erosion eines zentralen Grundpfeilers unseres Rechtsstaates – nämlich den des geschützten Vertrauensraums zwischen Patient\*innen und Behandeln“, erklärt Mathias Heinicke, Bundesvorsitzender des bvvp: „Psychotherapie ist Teil der Prävention, nicht Teil der Gefahrenabwehr.“

Ein starker Staat zeige sich nicht durch symbolische Ausweitungen von Zuständigkeiten, sondern durch Rechtssicherheit, institutionelle Klarheit und Vertrauen in funktionierende Strukturen. Mathias Heinicke bilanziert: „Daher ist es zwingend erforderlich, dass die Informationsübermittlung zwischen psychiatrischen Einrichtungen und Sicherheitsbehörden gesetzlich strikt begrenzt bleibt auf konkrete Gefahrenlagen.“

*Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, ist der Verband, der sich berufsgruppen- und verfahrensübergreifend für die Interessen aller Vertragspsychotherapeut\*innen einsetzt. In ihm haben sich etwa 6.000 Ärztliche Psychotherapeut\*innen, Psychologische Psychotherapeut\*innen sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut\*innen aller anerkannten Richtlinienverfahren zusammengeschlossen.*

**Für den bvvp**

Dipl.-Psych. Mag.rer.nat. Mathias Heinicke  
Vorsitzender des bvvp-Bundesverbands,

**Anfragen und Interviewwünsche bitte an:**

bvvp Bundespressestelle  
Anja Manz - Pressesprecherin  
Württembergische Straße 31  
10707 Berlin  
Tel. + \*49 30 88 72 59 54 / Mobil + \*49 177 6575445  
E-Mail: [presse@bvvp.de](mailto:presse@bvvp.de)